



Rede zur Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran denen der Kämmerei, für die Ausarbeitung des diesjährigen Haushaltsentwurfes und ihre Bereitschaft, uns bei unseren Beratungen zu Unterstützen danken.

Die Eckpunkte vorweg

1. Unsere Gewerbesteuerpolitik der vergangenen Jahre hat die in sie gesetzten Erwartungen weit übertroffen und jährlich können höhere Einnahmen als geplant verzeichnet werden. So konnte die Verwaltung zum siebten Mal in Folge einen strukturell ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen.
2. Die aktuell geplanten Investitionen von rd. 78,5 Mio. € und die bereits im 2. Nachtrag zum Haushalt 2016 verabschiedeten Maßnahmen in Höhe von 27 Mio. € führen zu einem Liquiditätsabbau von rd. 105,5 Mio. €. Die liquiden Mittel werden somit drastisch bis auf einen Restbestand von rd. 19,3 Mio. € verausgabt.
3. Die drastische Ausweitung des Stellenplans generiert in 2017 Personalkosten von rd. 36,36 Mio.€. Lagen diese nach der Eingliederung der städt. Betriebe in 2013 noch bei rd. 23,5 Mio. €, müssen wir nun von einer einzigartigen Steigerung von rd. 55 % in vier Jahren sprechen.

Haushaltsentwurf für 2017 bedient PETO-Wunschzettel

Der Haushaltsentwurf gleicht einem bunten Maßnahmenkatalog, der auch nichts vom großen Peto - Wunschzettel offenlässt. Zugegeben, einige der Investitionen gehen in die richtige Richtung, jedoch alles auf einmal durchführen zu wollen ist nicht sinnvoll und zeugt eher von jugendlicher Ungeduld als von weiser Voraussicht.

Neben dem drastischen Verzehr des flüssigen Eigenkapitals, erzeugen die zahlreichen parallel durchgeführten Projekte viele negative Begleiterscheinungen:

- Die große städtische Nachfrage treibt die Preise im Hoch- und Tiefbau in die Höhe. Bestes Beispiel: Die Ausschreibung des Sporthallenbaus beim Heinrich-Heck-Stadium musste aufgehoben werden, da alle Angebote maßlos überteuert waren.
- Die Planung und Betreuung der Maßnahmen ist sehr Personalintensiv. Eine Verteilung der Arbeiten auf mehrere Jahre würde eine gleichmäßigere Auslastung des Personals gewährleisten.
- Im Straßenbau führen die zahlreichen Maßnahmen zum permanenten Monheimer Verkehrschaos. Selbst auf Umleitungsstrecken wird gebaut. Nur ein Beispiel sind die Fahrbahnsanierungen auf Hegel-, Humboldt-, Fichte-, Leien- und Verresberger- Straße sowie dem Holzweg. Hastig wurden die Maßnahmen am Winteranfang begonnen, um dann festzustellen, dass es nachts zu kalt zum Teeren ist. Jetzt ruht die Maßnahme bis Februar und der Verkehr hat das Nachsehen. Warum wurde mit dem Beginn dieser Maßnahmen nicht bis zur Fertigstellung der Hauptstraße gewartet?
- Viele bereits geplante Maßnahmen aus den letzten Jahren sind noch nicht umgesetzt. Die überfällige Realisierung der Nord-Süd-Spange zur Entlastung des Verkehrs auf der Opladener Straße, die Sanierung des Übergangwohnheims Niederstraße und der Bau der Sporthalle am Heck-Stadion sind hier nur einige Beispiele.
- Andere Maßnahmen, wie der Neubau von Feuerwache und Betriebshof sowie der Umbau des Rathauses sind nur einige Beispiele für den Kanon der laufenden Baustellen.

Hinzukommen sollen unter anderem die Errichtung von Kreisverkehren an Baumberger Chaussee und Monheimer Straße. Die Neugestaltung des Baumberger Rheinufers an der Rheinterrasse mit Aalschocker, Museum und Treppenanlage. Der Bau des MoKi-Zentrums und der Umbau des öffentlichen Verkehrsraumes an der Marienkapelle sowie die Maßnahmen in der Monheimer Altstadt.

Wäre es nicht sinnvoller die Maßnahmen nacheinander und aus einem Guss anzugehen? So sollen Kradepohl und Alter Markt in 2017 umgebaut werden. Parallel beginnen die Arbeiten an der Marienkapelle, um dann ein Jahr später erneut in der Altstadt mit dem Lückenschluss zwischen den erstgenannten Maßnahmen zu beginnen.

Dies alles wirkt überhastet und wenig sinnvoll. Kurzum: etwas weniger auf einmal täte uns allen und auch unserem Haushalt gut.

Der drastische Abbau der liquiden Mittel ist unverantwortlich!

Im Haushaltsabschluss für 2015 wurden noch liquide Mittel in Höhe von 124,6 Mio € ausgewiesen. Anstatt diese wie ursprünglich geplant weiter aufzustocken findet durch die enormen Investitionen ein Abbau dieser Liquiditätsreserve um 105,5 Mio. € auf einen Restbetrag von rd. 19,3 Mio. € Ende 2017 statt. Ab 2018 wird bereits mit negativen Werten gerechnet und im Jahr 2020 weißt der Finanzplan ein Minus von rd. 47,6 Mio. € bei den flüssigen Mitteln aus. Spätestens dann werden die im Umlaufvermögen angelegten Wertpapiere in der Größenordnung von rd. 29 Mio. € veräußert und Ausleihungen an die städt. Tochterfirmen in einer Größenordnung von rd. 24 Mio. zurückgefordert werden müssen, damit Monheim zahlungsfähig bleibt. Diese Finanzplanung ist für uns ein Spiel mit dem Feuer und absolut unverantwortlich.

„Aus diesem Grund regt die IHK an, in den kommenden Jahren wieder ein Liquiditätsniveau in Monheim aufzubauen, dass dem aufgezeigten Risiko Rechnung trägt.“ so die Industrie- und Handelskammer in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf.

Dabei sei angemerkt, dass die IHK diese Bewertung im November zu Beginn der Haushaltsberatungen abgegeben hat als sie noch von rd. 40 Mio. € an liquiden Mitteln ausgehen musste. Am Ende der laufenden Beratungen hat sich die Situation bereits um rd. 21 Mio. € verschlechtert.

Weitere Senkung der Gewerbesteuer nicht sinnvoll!

Haben wir noch im letzten Jahr die Senkung der Gewerbesteuer auf 265 Hebesatzpunkte mitgetragen, so ist eine weitere Senkung mit uns in diesem Jahr nicht zu machen.

Der bisherige Steuersatz hat bereits zahlreiche Firmen zur Ansiedlung in Monheim bewegt. Wie die Finanzplanung des Haushaltes 2016 zeigt, bedarf es keiner weiteren Steuersenkung, um eine auskömmliche Einnahmesituation zu generieren.

Vielmehr laufen wir Gefahr mit immer tieferen Steuersätzen noch stärker den Blick derjenigen auf Monheim zu lenken, die schon heute über neue Steuermodelle nachdenken, um in Monheim abzuschöpfen. Die Bundesratsinitiative des NRW Finanzministers Norbert-Walter Borjans zur Bekämpfung sogenannter „Briefkastenfirmen“ sollte deshalb als deutliches Warnsignal im Rathaus wahrgenommen werden.

Neue Öffnungszeiten des Bürgerbüros sind maßlos überzogen!

Im Stellenplan werden drei neue Stellen im Bürgerbüro eingerichtet, weil dieses künftig Öffnungszeiten entsprechend der Monheimer Geschäftswelt haben soll. Das mag sich ja im ersten Moment interessant anhören, bei genauerem Nachdenken stellt man schnell fest, dass dies eine weitere Verschwendung öffentlicher Mittel ist. Benötigt der Normalbürger das Bürgerbüro doch höchstens alle paar Jahre einmal, sei es um einen neuen Reisepass oder Personalausweis zu beantragen. Wofür hierzu deutlich

erweiterte Öffnungszeiten notwendig sein sollen, versteht nur der Bürgermeister. Er erläuterte, wenn ein Geschäft an einem Mittwochnachmittag geschlossen habe, gingen die Kunden eben in ein anderes. So sei es auch mit dem Bürgerbüro. Das man einen neuen Pass aber nur im Rathaus bekommt und nicht wo anders und das deshalb zusätzliche Öffnungszeiten mit zusätzlichem Personal eine Steuerverschwendung darstellen, ist seiner Denke fremd.

Die ältere Generation findet keinen Platz im neuen Haushalt!

Anders als die millionenschweren Prestigeobjekte des Bürgermeisters wurden die fast kostenlosen Anträge der Senioren Union auf Wiedereinführung des Seniorenkaffes und auf Bildung einer Anlaufstelle im Bürgerbüro unter dem Titel Seniorenamt für die ältere Generation genauso abgebügelt, wie der SPD-Antrag auf Einrichtung eines Kultur-Taxis. Die nur einige tausend Euro teuren Maßnahmen bedienen halt nicht die Peto-Zielgruppe. Vielleicht wurden die Anträge aber auch nur abgelehnt, weil sie nicht von Peto gestellt wurden.

Kolumbarium für Baumberger Friedhof zugesagt, gleichlautender CDU Antrag abgelehnt!

So erging es unserem Antrag auf Einstellung von Planungskosten für ein Kolumbarium auf dem Baumberger Friedhof. Hier sagte uns der Bürgermeister im Planungsausschuss die Erarbeitung einer Vorlage in 2017 zu. Unseren Antrag lehnte er allerdings ab und forderte uns auf, diesen zurück zu ziehen. Da es uns um die Sache geht, haben wir das auch gemacht. Es spricht allerdings Bände, dass Bürgermeister und Peto nicht mal über ihren Schatten springen können, wenn es darum geht Anträge für Maßnahmen anzunehmen, denen man selber positiv gegenüber eingestellt ist, nur weil sie von anderen gestellt wurden.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt an der Zeit die Bürger zu entlasten!

Anstelle einer weiteren Gewerbesteuersenkung ist es an der Zeit, die Bürger spürbar zu entlasten. Wir haben deshalb bereits im letzten Jahr die Senkung der Grundsteuer B von 385 auf 300 Punkte gefordert. Die Grundsteuer B betrifft sowohl Unternehmen wie auch Eigentümer, die Grundstücke zum Zwecke des Wohnens und Vermietens besitzen. Da diese Kosten in der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden, betrifft die Grundsteuer B also alle Bürger! Die von uns geforderte Senkung hätte im Durchschnitt für jeden Haushalt eine Ersparnis von rd. 100 € pro Jahr gebracht. Damit würde gleichzeitig ein weiterer Pluspunkt für den Standort Monheim geschaffen.

Rechnungsprüfung bleibt unterbesetzt!

Eine Aufstockung des Personals in der chronisch unterbesetzten Rechnungsprüfung passt leider nicht zu den Prestigeprojekten des Bürgermeisters. Lieber senkt er die Prüfstandards so weit ab, dass unser Leiter der Rechnungsprüfung mit seinen zwei Halbtagskräften gerade so hinkommt. Mit einer seriösen, zeitnahen und umfänglichen Prüfung der zahlreichen Ausschreibungen und Abrechnungen hat das natürlich wenig zu tun. Gerade vor dem Hintergrund des immensen Investitionsvolumens im kommenden Jahr wird der Eindruck erweckt, dass man sich nicht durch irgendwelche Prüfungen bremsen lassen will. Das Rechnungsprüfungsamt als Kontrollinstrument des Rates wird bewusst ausgehebelt. Leider wird dieses Vorgehen durch eine blinde Peto-Mehrheit abgesegnet.

Bürgerhaushalt nur Scheindebatte!

Online-Beteiligung und Bürgerhaushalt erwecken auf den ersten Blick den Eindruck eines transparenten Verfahrens, dass möglichst großen Spielraum zur Beteiligung aller interessierten Mitbürger an der Haushaltsdebatte und somit am politischen Geschehen in Monheim gibt. Wer näher hinschaut, stellt fest, dass dem mit Nichten so ist. Denn große und auch kostenintensive Projekte sind gar nicht erst Bestandteil der Debatte.

So liefen sowohl die Finanzierung der Moscheen - Grundstücke in Höhe von 845.500 € als auch der Ankauf der beiden bestehenden Moscheen in Höhe von knapp 981.000 € an den regulären Beratungen vorbei. Gleiches gilt für den Bau einer 1,2 Mil. € teuren und vollkommen überflüssigen Fußgängerbrücke von einem Parkhaus im Rheinpark rüber zum Monberg. Ausgaben von rd. vier Mil. € die wohl kaum eine Zustimmung im Bürgerhaushalt gefunden hätten.

Sicherheitshalber wurden diese Themen per Nachtragshaushalt abgehandelt, obwohl es überhaupt keinen Grund zur Eile gab. Wen wundert es da, dass beim Bürgerhaushalt nur rd. 350 Bürger mitmachen, wenn die interessantesten Themen bzw. die dicksten Brocken außen vor bleiben und schon längst mit Peto-Mehrheit durchgewunken wurden?

Politik nach Gutsherrenart!

Bereits in meiner Rede zum Haushalt 2016 hatte ich auf den neuen Politikstiel nach Gutsherrenart hingewiesen. Hierfür standen im letzten Jahr folgende Stichworte:

- Abholzen des Wäldchen am Mona Mare,
- fehlende Interfraktionellen Gespräche,
- mangelnder Informationsfluss,

- Ausstieg aus der Solidargemeinschaft des Kreises bei der Finanzierung der Berufsschulen,
- Missachtung des Elternwillens bei der Acht-bis-Eins-Betreuung
- sowie der Kündigung von Frau Griese-Pelikan, nachdem sie mit offenen Worten fehlende Kita-Plätze beklagte.

Ich habe bereits damals darauf hingewiesen, dass eine von Misstrauen geprägte Atmosphäre in Rat und Verwaltung folge diese Handels sein wird.

Sollten diese mahnenden Worten eine Verhaltensänderung erwirken, so wurden wir nicht zu Letzt durch die Debatte zur Finanzierung der Moscheen - Grundstücke, eines Besseren belehrt.

Denn das Ergebnis der Moschee Debatte stand von Anfang an fest!

Der Verlauf der Moschee - Debatte lässt im Nachhinein erkennen, dass weder sie Herr Bürgermeister noch die Peto-Ratsmehrheit jemals daran gedacht haben einen breiten Konsens zu suchen.

Als sie nach der turbulenten Diskussion in der Aula des OHG auf den Antrag der anderen Parteien eingingen, nicht sofort zu beschließen, sondern nach der Sommerpause reguläre Beratungen hierzu durchzuführen, konnte man den Eindruck gewinnen, nun gäbe es die Möglichkeit auf dem Verhandlungsweg etwas zu erreichen. Leider sind auch wir diesem gutgläubigen Gedanken aufgesessen.

Heute bin ich mir sicher, dass man nur deshalb einer Vertagung des Themas zugestimmt hat, da die Beschlussvorlage mit der Schenkung des Grundstückes an der Wilhelm Busch Schule an die DITIB-Gemeinde nicht die Zustimmung der Kreisaufsicht erhalten hätte.

Da präsentierte man dann lieber nach der Sommerpause einen vom Bürgermeister begründeten Peto-Antrag, statt des eben erwähnten Grundstückes, das am Mona Mare zu nehmen. Dass dieses zufälliger Weise nicht der Stadt, sondern ihrer Tochtergesellschaft gehörte und man nun einen Verkauf zu 100% bezuschussen konnte und von der umstrittenen Schenkung weg kam, war der Nebeneffekt. Von vielen unbemerkt hatte man das Thema so der Kreisaufsicht entzogen, da die Bezuschussungsfrage, auch wenn sie vom Wert her der Schenkung gleich kommt, nicht beanstandungsfähig ist.

Durch eine zugegeben teilweise geschickte Diskussionsführung wurde der Opposition immer wieder vorgetäuscht man sei an einem breit getragenen Kompromiss interessiert. Es wurden zahlreiche Gespräche auf interfraktioneller Ebene und in Sitzungsunterbrechungen geführt. Wir haben alle möglichen Modelle einer Unterstützung der beiden Moschee - Vereine vorgeschlagen, von der Erbpacht angefangen, bis hin zur Förderung des Grunderwerbs in einer Größenordnung, wie sie der integrativen Nutzung dient. Immer wieder wurde der Eindruck erweckt, man

wolle über unsere Vorschläge nachdenken, nur um in der jeweils folgenden Sitzung wieder nur den eigenen Kurs durchzusetzen.

Das ganze gipfelte dann in der letzten Ratssitzung als die Vorlage mit Ach und Krach durchgepeitscht wurde. Mit Ach und Krach deshalb, weil sich sechs Peto-Mitglieder krank gemeldet hatten und zwei weitere nur an besagtem Tagesordnungspunkt nicht anwesend waren. So kam es zu einem Ergebnis von 19 zu 12 Stimmen, einem Ergebnis, das noch nicht einmal die Mehrheit des gewählten Rates repräsentiert und das letztendlich auch die Zerrissenheit innerhalb der Peto-Fraktion dokumentiert.

Kein Wunder, dass der Bürgermeister, zum für ihn frühest möglichen Zeitpunkt die Notariellen Verträge unterzeichnet hat und das nach der Ratssitzung gestartete Bürgerbegehren nicht abwartete. War ihm doch bewusst, dass er und seine Politik in dieser Frage eine deutliche Abfuhr durch die Monheimer Bürger erfahren hätten.

Das integrierte Handlungskonzept 2. Akt!

Durch das integrierte Handlungskonzept für Monheims Innenstadt (im folgenden kurz IHK genannt) aus dem Jahre 2009 konnten wichtige Einrichtungen für unsere Stadt geschaffen und bestehende optimiert werden. Genannt seien hier nur die Gestaltung des Rheinbogens, das Haus der Chancen, das Ulla-Hahn-Haus oder die neu gestaltete Krischer-Straße, um nur einige Maßnahmen anzusprechen.

Nun soll das IHK fortgeschrieben werden. Insgesamt sollen Maßnahmen im Wert von rd. 122 Mio. € bis 2023 umgesetzt werden. Auch wenn die Planungen noch nicht wirklich den aktuellen Haushalt betreffen, wurden heute die Weichen hierfür gestellt.

Anders als beim ersten Handlungskonzept soll nun massiv in den Bestand eingegriffen werden. Insbesondere beim Thema Quartiersgarage hat die CDU erhebliche Bedenken, ob die geplanten Maßnahmen von der Bevölkerung gewollt und von den Eigentümern mitgetragen werden. Bereits jetzt machen schon Gerüchte über Enteignungen für den Bau von Zimmermann-City die Runde durch eine, nicht zu Letzt durch die Moschee -Debatte tief verunsicherte Bevölkerung.

Natürlich bietet das neue IHK auch Chancen, aber auch die überall in der „Innenstadt“ geplante massive Nachverdichtung macht den Menschen Angst um ihr bisher nicht immer modernes jedoch lebenswertes Monheim. Es ist nun an ihnen, Herr Bürgermeister, die Menschen ehrlich mitzunehmen und die neuen Planungen mit ihnen zu diskutieren. Dazu gehört auch ihre Bereitschaft Kritik aufzunehmen und ggf. auch Abstand von eigenen Planungen zu nehmen. Sollten Sie bei ihrem Kurs bleiben, dass alles bereits optimal geplant sei und die Bürger des Daniels tolle Lehren nur noch Begreifen müssen, werden sie keinen Erfolg haben.

Die CDU wird jedenfalls jede einzelne Maßnahme mit den Bürgern besprechen und keine einzige gegen eine Mehrheit der Bevölkerung mit beschließen.

Gleiches gilt natürlich auch für die umstrittenen Ausbauplanungen an der Sandstraße und die damit verbundenen Rodungen.

Haushaltsplanberatungen verkommen zunehmend zur Farce!

War es früher im Rahmen der Haushaltsplanberatungen möglich, die für das kommende Jahr anstehenden Maßnahmen ganzheitlich zu würdigen und Prioritäten gegeneinander abzuwägen, so wird hierzu der Politik keine Möglichkeit mehr eingeräumt.

Kaum war der Haushalt für 2016 rechtsgültig wurde auch schon im Mai der erste Nachtragshaushalt vorgelegt. 1.9 Mio € für ein Großprojekt wie den Ankauf der Alten Shell Fassabfüllhalle und die Erstellung eines Betreiberkonzeptes für eine rd. 28 Mil. € teure Stadthalle wurden mal eben außerhalb der ganzheitlichen Planung und ohne Bürgerhaushalt durch gewunken.

Damit nicht genug, kurz vor der Einbringung des Haushaltes für 2017 wurde der zweite Nachtragshaushalt eingebracht, um wie bereits erwähnt die Moscheen-Finanzierungen für rd. 1,8 Mil. € durchzupeitschen – natürlich auch ohne Bürgerbeteiligung.

Stellt sich die Frage wie lange es in 2017 dauern wird, bis wieder im Rahmen eines Nachtragshaushaltes irgendwelche Themen mal ebenso und von einer ganzheitlichen Betrachtung losgelöst durchgezogen werden sollen.

An dieser Stelle bleibt es mir nur zu mahnen wieder einen Kurs verlässlicher Haushaltspolitik einzuschlagen, die ganzheitlich die Anforderungen des kommenden Jahres betrachtet. Entscheidungen mit enormen finanziellen Auswirkungen müssen künftig wieder Bestandteil regulärer Haushaltsberatungen und des Bürgerhaushaltes sein.

Erst wenn die Bürger erfahren, dass sie mit ihrem Votum für oder gegen eine Maßnahme auch etwas bewegen können, wird auch deren Teilnahme deutlich steigen.

Solange jedoch die wichtigen Großprojekte eines Jahres am Bürgerhaushalt vorbei entschieden werden, gleicht ihr Bedauern, Herr Bürgermeister, über die geringe Teilnahme vergossenen Krokodilstränen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen sie mich zusammenfassen:

Zurückkommend auf die eingangs erwähnten Eckpunkte des Haushaltsentwurfes und insbesondere auf die gewaltige Investitionssumme von rd. 80 Mio. € bleibt festzuhalten: Zahlreiche Maßnahmen aus den letzten Jahren sind noch nicht begonnen oder abgeschlossen. Richtiger als

die neue Ausgabenorgie auf dem Papier, wäre ein auf beständiges Handeln ausgelegtes Konzept.

Die CDU spricht sich dafür aus, begonnene Maßnahmen zunächst abzuarbeiten und neue, insbesondere im Straßenbau, nacheinander und auf mehrere Jahre verteilt durchzuführen.

Weder die geplanten Ausgabenspitzenwerte und der damit verbundene Liquiditätsabbau, noch das permanente Verkehrschaos sind gut für unsere Stadt.

Prestigeprojekte wie die 1,2 Mil. € teure und absolut überflüssige Luxusbrücke zum Monberg sind kennzeichnend dafür, dass Augenmaß und Ehrfurcht für Bürgermeister und Peto altmodische Begriffe zu sein scheinen. Größenwahn und Arroganz scheinen die neuen Kennzeichen Monheimer Politik zu sein.

Die CDU-Fraktion geht diesen Weg nicht mit und lehnt deshalb Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2017 ab.

Monheim am Rhein, den 14.12.2016